

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei vorzuzahlender Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., alle Vierteljahrs-Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

für die Redaktion verantwortlich: H. Albert Peering in Halle.

(Fernsprechverbindung Nr. 176.)

Saale-Zeitung

Dreimonatsblätter Jahrgang

Nr. 390.

Halle a. d. Saale, Montag den 21. August

1899.

Die Krisis.

Eine solche Verhandlung, wie sie sich am Sonnabend im präussischen Abgeordnetenhaus abspielte, ist so lange der Landtag befehligt, überhaupt noch nicht dagewesen. Zwar hat auch in der Reichstag eine Regierung mitunter schwere Niederlagen von einer großen Mehrheit erlitten. Der Fall aber ist gänzlich neu und unerhört, daß diese Regierung ausgesetzt, verhöhnt, verpöndelt, gar nicht mehr ernst genommen wurde von ihren eigenen Anhängern, Fremden und Parteigenossen. In der That berührte im Hause zum Schluß vollkommenen Uffstimmung, während am Ministerisch Herr v. Miquel mit einem Gesicht da sah, als seien dem betrieblen Vorgesetzten die Helle weggeschwunden. Die Rechte triumphierte. Der Vizepräsident des Staatsministeriums hatte sehr schmerzhaft auf die heillosen Folgen einer Fortsetzung der Opposition hingewiesen. Die Konservervaten aber waren heillos froh und sprachen mit Herrn v. Miquel in einem Tone, als wollten sie sagen: Schöne Worte, ich meine dich. Aber auch wenn der Ministerpräsident nicht so heftig gegen die Konservervaten zu der Regierung ergehen könnten, da würde zwar nicht gelacht, aber doch eine trostlose Miene ausgeprägt, als wollte das Zimmerhuhn sagen: „Lins hat feiner.“ Demgemäß wurde auch gehandelt und als das Begräbnis zu Ende ging, da jubelten die Konservervaten, daß es einmal einen lustigen Tag gegeben habe.

Am 19. war es wirklich. Erst wird der nationalliberale Antrag auf Wiederherstellung der ganzen Vorlage abgelehnt, also ist der Mittelständler gefaßt. Dann wird auch der Dortmund-Mittelständler abgelehnt. Dann folgt § 2 und § 3 u. f. i. e. und als das unter angeführter Mehrheit gegangen war, stellt jetzt der Präsident die Mehrheitstimm und die Schlüsselfrage des Entwurfs zur Debatte. Schallendes Gelächter! Nur Herr v. Miquel dachte nicht. Dann formulierte die Resolutionen an, wobei Herr Otto Wendt das Satyrspiel durch seine höchst überflüssigen Aufschüchtlungen bis zum Gipfel steigert und zuletzt durch die einmütigen Schlüsselfrage aller Parteien zum Schweigen gebracht wird. Und dann ist es aus, ganz aus. Ober und unter, ein kleiner Zwischenfall ereignete sich noch. Außer der Kanalvorlage standen nämlich noch die Staatsverträge zur Aufhebung des Kanalgesetzes, also beiseite der Vertrag mit Preußen auf der Tagesordnung. Die konnten doch nicht ebenfalls einfach in der Kabinetsrat fallen. Wenn die Regierung erklärt, auf dem Kanalplan zu bestehen, so muß sie doch wenigstens eine Ablehnung dieser Verträge verhindern. Sie tun auf die Fortsetzung der Verträge verzichten, aber sie darf sie doch nicht verlieren lassen. Man wartete also auf eine Erklärung von Herrn v. Miquel. Aber Herr v. Miquel hatte vollständig den Kopf verloren, vielmehr zum ersten mal in seinem parlamentarischen Leben. Er wußte überhaupt nicht, was er thun sollte. Er blieb ruhig sitzen und die Verträge wären wirklich verworfen worden, wenn nicht der Präsident dazwischen gekommen wäre und sie von der Tagesordnung abgesetzt hätte.

Das ist der Ausgang eines nahezu halbjährigen Kampfes. Was trägt die Schuld an dieser beispiellosen Niederlage der Regierung? Wenn man den Dingen ganz unbefangen gegenübersteht, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß hauptsächlich die Verträge angenommen wäre, wenn sie nicht Herr v. Miquel betreten hätte. Die Konservervaten hätten effusiver gezwinkelt, ob Herr v. Miquel neugierig die Annahme oder die Ablehnung lieber sei. Im letzten Augenblick freilich haben sie nicht mehr gezwinkelt; aber durch die unglückselige Taktik des Vizepräsidenten des Staatsministeriums wurde erst der Widerstand der Konservervaten gegen die Vorlage zu einer politischen Staatsaktion erhoben, wurde diese Kanalfrage zu einer Parteifrage für die Rechte, als stünde Wolf und Webe der Landvaterstand auf dem Spiel. In der ersten Sitzung redete Herr v. Miquel so, daß er von dem Grafen Kanitz verpöndelt werden konnte, man wisse nicht, ob er für oder gegen den Kanal gesprochen habe, und genau dasselbe Urteil gibt über seine Rede bei der dritten Sitzung die „Kreuzzeitung“. Aber unerschrocken war und blieb das Mißgeschick des Herrn v. Miquel in der letzten Sitzung. Jeder feiner Stimme machte der Regierung und der Vorlage ein Duzend Stimmen abhandeln. Jede seiner gemauerten Erklärungen erzeugte tiefes Mitleiden ebenso auf der Linken wie auf der Rechten. Und so sah Herr v. Miquel glücklich am Ende zwischen den zwei Stühlen. Er war recht insamt zu Boden gefallen, so daß man schwerlich glauben kann, er werde noch einmal auferstehen. Während die technische Vertretung des Kanals eine vielfach vorzuziehliche war, verdrängte die politische Vertretung durch Herrn v. Miquel alles. Dazu kommt, daß eine ganz verkehrte Taktik des Staatsministeriums die Einführung der Wahlrechtsvorlage so lange verzögert hatte, mit ihrer Verbindung mit der Kanalfrage möglich zu machen. Entschieden aber am 11. Aug. hat in Dortmund der Kaiser seine Ideen gefaßt. Best und unverrückbar hat er erklärt, auf dem Mittelständler zu bestehen. Wenn Herr v. Miquel diese Ideen nicht beifügt, nicht verantworten will, so hatte er unverzüglich seine Absicht zu nehmen; bleibt er aber Minister, so ist er verpflichtet, auch im Sinne dieser Ideen zu handeln und daher seine letzte Kraft einzusetzen, um dem Kaiser eine persönliche Niederlage zu ersparen. Der Vizepräsident des Staatsministeriums mußte wissen, daß eine Ablehnung der Kanalvorlage in den Augen aller Welt als eine Antwort auf die Kaiserreden, mithin als eine noch nicht begangene Herausforderung der Konservervaten an die Krone, erscheinen mußte. Wenn aber die Konservervaten im Abgeordnetenhaus die Mehrheit erzielten, so war einzuwirken nicht nur die Regierung, sondern auch der Träger der Krone geschlagen, sie hatten einen Verlust verloren. Deshalb mußte ein leitender Minister alle

seine Neerven auf den Schlafplatz führen, um das Gesicht nach Möglichkeit zu waschen.

Was aber ist Herr v. Miquel? Er war in der Haltung und in der Stimme noch viel schlaffer und schwächer als in den Worten. Gedrückt saßen sich seine Reden noch viel tapferer, als sie gehört klangen. Alle seine Ausführungen waren nicht eine Fanfare, sondern eine Ebnade. Herr v. Miquel gab offenbar die Schlacht verloren, er sie noch am Sonnabend begonnen hätte. Das ganze bisherige konservative System der inneren Politik ist zusammengebrochen. Aber daß es dahin kommen mußte, war lange vorausgesehen. Wenn eine Staatsgewalt Sachverhalte hindurch eine einzige Partei als regierungstreu behandelte, dieser Partei die wichtigsten und zahlreichsten Akteure und Führer vorstellte, wenn diese Partei sich gewöhnt, ihre Herrschaft als ihr gutes Recht anzusehen, die Akteure als ihre Domäne, wenn sie die gesamte Verwaltung und Gesetzgebung beeinflusst und leiten kann, so ergeht sich für die Dauer immer, daß nicht sie der Regierung wird, sondern die Regierung ihr dienen muß. Die Konservervaten in Preußen sind überzeugt, daß es ohne sie nicht geht. Wir werden bald erfahren, ob die Krone entschlossen ist, ihnen zu zeigen, daß es nicht nur ohne sie, sondern auch gegen sie geht. Die scharfen Kundgebungen der jüngsten Tage über die politischen Folgen der Preussensache, wie der offiziöse „Hamb. Korrespondenz“, meldet, auf unmittelbare Anwendung des Kaisers erfolgt. Das ist begrifflich. Wer des Kaisers Charakter und Temperament kennt, der kann sich vorstellen, welchen Eindruck auf ihn die Verhandlungen vom Donnerstag, dann aber gar die endgültige Ablehnung der Vorlage in der dritten Sitzung gemacht haben. Daß das Staatsministerium nach einer so lebhaften Niederlage nicht im Amt bleiben kann, versteht sich von selbst. Wir gehen kaum fest, wenn wir annehmen, daß die Minister bereits ihr Entlassungsgesuch eingereicht haben. Die Krisis wird nach der Niederlage des Kaisers ihre Lösung finden. Erst mit einem neuen Ministerium wird an die Aufhebung des Abgeordnetenhausgesetzes gegangen und der Wahlkampf eingeleitet werden. Wenn es aber gegen die Konservervaten geht, so ist es ausgeschlossen, daß auch das neue Ministerium eine agrarisch-konservative Färbung hat. Weitauf hat schon Herr v. Miquel die Krone vor dem Kanalvorlage auf die Aufhebung des Kanalgesetzes und die Aufhebung der Staatsverträge haben kann.

Es wird also bald einen neuen, frischen, fröhlichen Kampf geben. Wenn jetzt einige Wähler, die zu Herrn v. Miquel Beziehungen haben, die Abgrenzung der Verwaltungsberechnungen gegen die Vorlage gefaßt haben, in Aussicht stellen, so wird diese Taktik wenig Aussicht finden. Man mag über die Landräte und Vizepräsidenten als Abgeordnete denken wie man will, jedenfalls haben sie das Recht und auch die Pflicht, lediglich nach ihrer freien Überzeugung zu stimmen. Etwas anderes ist es, was sie ihre Lage für haltbar und erträglich ansehen. Wenn das Haus aufgelöst wird, haben sie die durch den Erlass vom 4. Januar 1882 ausdrücklich als Ausnahme des Dienstes bezeichnete Pflicht, die Politik der Regierung auch bei den Wahlen zu vertreten. Sie müssen dann also für die Kanalvorlage wirken. Darans folgt, daß sie entweder einen Gesinnungswechsel vollziehen, oder charakterlos handeln oder ihr Amt niederlegen. Dasselbe gilt von jenen übrigen politischen Beamten, die auf dem Boden westlich der konservativen Kanalgegner stehen. Das ist der Grund weshalb die konservative Presse noch immer die Aufhebung nachdrücklich befähigt, obwohl doch die geringste Überlegung auf dem Ergebnis führen mußte, daß eine Regierung, die nicht moralisch lebt, kein will, nicht einfach ihre Fäuste zusammenruhen, in die Tasche stecken und „fortzuziehen“ kann. Und wie denkt man sich denn, daß die Krone sich diese Antwort auf die Dortmund-Kaiserreden gefallen lassen wird? Soll etwa der Kaiser korn, als sei gar nichts geschehen? In der That, in diesem Falle wäre sein Wort berechtigt: „Da könnte ich ja gleich abtreten.“ Aber der Kaiser wird nicht abtreten, sondern das Ministerium wird aufliegen, und das Abgeordnetenhaus wird aufgelöst werden, und es wird einen energiegelichen Wahlkampf gegen die Konservervaten geben. Und dann wird der Mittelständler gekannt werden, nachdem der Beweis geführt war, daß den Worten „fest und unverrückbar“ auch die politischen Taten entsprechen.

Was wird nun weiter geschehen? Naive Leute im Publikum fangen an Eingänge des Abgeordnetenhauses beim Schluß der Sitzung, ob das Abgeordnetenhaus schon aufgelöst sei. Das sind Erinnerungen aus Bismarcks Zeit. Zunächst bedarf die Regierung noch der Aufschüchtlungen zum Einzelgänger-Geschiebe. Diese Verträge aber können bis Ende dieser Woche in beiden Häusern verabschiedet sein. Das Gemeindevorstandesgesetz muß heute schon als geteilt angesehen werden. Die übrigen kleineren Vorlagen haben durchaus keine Eile, oder sollte etwa Minister Thiele jetzt noch ein Eisenbahngesetz einbringen wollen? Es würde also geschicklich der Aufhebung des Abgeordnetenhauses in acht bis zehn Tagen nichts entgegenzulegen. Nach Ansicht der „Frei-Press.“ wird es schwerlich zu dem entscheidenden und bestimmenden Votum. Die Minister gelasse es nicht nach der Auflösung. Vielleicht geht Minister Dieckel und macht damit einen militärischen Eisenbahngesetzminister aus dem Generalstab-Vog. Vielleicht auch tritt Herr v. Lucanus an Stelle des Ministers v. D. Rechte. Ueber solche partischen Verbindungen im Ministerium aber werde es zunächst schwierig hinauskommen.

Die „Nat.-Lib.-Rev.“ gibt folgende Aufzählung der kanalgegründeten Beamten im Abgeordnetenhaus: Vier Regierungspräsidenten, zwei Geheimdekreterregierungsräte, sechsbezw. vier Landräte, ein Konsistorialrat, ein Bergamt, ein Verhandlungs-

Anzeigen werden die Spaltenreihe über dem Raum mit 20 Pfg., solche aus Spalten 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von untern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Redaktionen die Zeit 60 Pfg. Erhalten möglichst frühzeitig, Sonntag und Montag einmalt, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

präsident. Ueber die politische Bedeutung des Ereignisses sagt er, „Kor.“:

Das Ereignis der Kanalvorlage ist in kurzen Worten dahin zu sagen, daß das innerpolitische System des Kaiserreichs gelitten, das nun viel vielen Jahren die präussische Staatsregierung befehligen und mit einem reichen Schatz von Verträgen und Verträgen begonnen hat, sich davon abzuheben ist, haben die ganzen zweimonatigen Kanaldebatten beendigt. In der heutigen entscheidenden Sitzung wurden gegen sich dann sichtbar die Gesetze dieses Systems, indem sich noch einmal in wenige Stunden, wie in einem Wandelbilde, alle die verhängnisvollen Schwächen zusammenzogen, die zur Katastrophe führen konnten, und es war fast tragisch, von Minute zu Minute zu verfolgen, wie allmählich alle zusammenbrach, was in zehn Jahren Mühselig, reiches Wissen und unüberflüssige Gewandtheit an Redlichkeit und Autorität vergeblich aufgehoben, weil in dem entscheidenden Moment, wo alles an festhalten zu versuchen geschickt war, auf allen Seiten das Vertrauen versagte — weil es leider bei der politischen Aufsicht vergessen wurde war.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt heute die folgende, ziemlich überflüssige Note:

„Den Erklärungen des Reichsfinanzlers und Ministerpräsidenten Bülowen zu Gehörten und des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Finanzministers Dr. v. Miquel, gemäß ist es selbstverständlich, daß die Regierung die Angelegenheit nicht in sich ist erledigt erachtet. Es fällt unbedenklich und unangelegentlich an, dass man sich nach dem verpackten Pläne in seiner ganzen Ausdehnung fest, und sie wird zu seiner Durchführung diejenigen Mittel anwenden, die ihr zu Gebote stehen und ihr der Sachlage angemessen erscheinen.“

Und die iniquel-offiziösen „Berl. Pol. Nachr.“ bringen die folgende Drohung an die Kanalgegner unter dem Deckmantel:

Selbstverständlich wird die Staatsregierung nicht umhin zu können, der Frage näher zu treten, ob es mit ihrem Ansehen vor dem Lande vereinbar ist, daß so hohe Staatsbeamte, welche in der Provinz mit Vertretung der Bevölkerung beauftragt sind, in Fragen, die, obwohl auch für streng wirtschaftlicher Natur, doch von konfessionsreligiöser Seite hinsichtlich zu politischen Abgrenzungen geltend gemacht werden sind (in ihrer Eigenschaft als Parlamentarier gegen die Regierung) freizubehalten. Es muß in dem höchsten Grade des Bedauerns und Verwunders durch die Verhältnisse der Reichswahlrechtskommissionen, daß hochstehende Elemente des Reichswahlrechtsamtes, die sich in der Provinz und in den Kreisen der Provinz als Vertreter der Bevölkerung und der Bevölkerung selbst, und die in ihrer Eigenschaft als Parlamentarier gegen die Regierung freizubehalten. Es muß in dem höchsten Grade des Bedauerns und Verwunders durch die Verhältnisse der Reichswahlrechtskommissionen, daß hochstehende Elemente des Reichswahlrechtsamtes, die sich in der Provinz und in den Kreisen der Provinz als Vertreter der Bevölkerung und der Bevölkerung selbst, und die in ihrer Eigenschaft als Parlamentarier gegen die Regierung freizubehalten.

Die „Nat.-Ztg.“ meint, schließlich werde irgend ein entscheidender Entschluß vor der Rückkehr des Kaisers nach Berlin erfolgen, die für Dienstag angekündigt ist. Die „Frankfurter Ztg.“ meldet, der Kaiser habe nicht allein durch verbindliche Anweisungen, sondern auch durch schriftliche Anordnungen verfügt, daß er in der Ablehnung der Kanalvorlage durch die Konservervaten eine Opposition gegen ihn persönlich als König, sowie einen ihm angebotenen Kampf um die Autorität der Krone erlicke, den aufzunehmen und durchzuführen er fest entschlossen sei. Eine Revision des ganzen Verhältnisses der Krone zu den Konservervaten und dementsprechende Änderungen innerhalb der Regierung seien unabweislich. Den „Berliner Anzeiger“ gegenüber betont heute die „Kreuzzeitung“ auf das allerentschiedenste, daß sich die konservative Partei über die ganzen Verhältnisse und die Stellung der Krone einer persönlichen Verantwortung überheben wird. Die Reichswahlrechtskommissionen sind schließlich ein unheilvolles Hindernis für seine Mission. Aber die „Freiburger Nachrichten“ hinhinweisen — eine solche Absicht wäre für einen konservativen Mann geradezu ungehörlich. Das ist — frech! Uebrigens sei als Kuriosum erwähnt, daß die „Kreuzzeitung“ die vorgezogene Erklärung der „Nordb. Allg. Ztg.“ über die voraussichtlichen Folgen des Scheiterns der Konservervaten bei ihrer Haltung zur Kanalfrage nicht abgedruckt, sondern nur beiläufig und beratend erwähnt hat, daß kein Leser daraus die Tragweite der halbamtlichen Kundgebung zu ersehen vermochte.

Schon vor Beginn der Sonnabend-Sitzung des Abgeordnetenhaus wurde bekannt, daß die Landräte und die übrigen höheren Regierungsbekannteten, die bei der zweiten Sitzung gegen die Kanalvorlage stimmten, am Vormittag zum Minister geladen worden waren. Es heißt weiter, Herr v. D. Rechts hätte eine Erwählung an alle Landräte im Abgeordnetenhaus erlassen, für die Regierungsvorlage zu stimmen. Die Wandratsniederlegung des Abgeordneten Landrats v. Hoffschied wurde mit dieser Anordnung in Zusammenhang gebracht. Neben der Regierung hat auch die Centrumpartei eine schwere parlamentarische Niederlage davongetragen. Die Centrumpartei hatte in der Kanalfrage sich als anschlussgebend hingestellt. Man hatte ihren Versicherungen geglaubt und ihr zuzulie am 15. Juni auf zwei Monate die Entscheidung verlagert. Die Centrumpartei glaubte zugleich ihre anschlussgebende Stellung in der Kanalfrage ändern zu können für die Durchbringung des Gemeindevorstandesgesetzes. Das letztere erwies sich als bald beim Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhaus als unmöglich. Noch immer aber gab sich die Centrumpartei den Anschein, als ob sie die Kanalfrage entscheiden könne, je nach den Zufälligkeiten der Regierung. Hg. Ztg. erklärte die Annahme der Regierungsvorlage an Mittwoch ausdrücklich als möglich, sogar wahrscheinlich, je nach dem Ausmaß der drei Gruppen der Centrumpartei. Als er dann zur Abstimmung kam, stellte sich heraus, daß die Führer die eigene Wahlkraft







